

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

34 (12.2.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins F. u. S. gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Festsprecher Nr. 585.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.</p>	<p>Festsprecher Nr. 585.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pf., Restamen 60 Pf., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Adonia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Beilagen: A. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wähl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

** Doppel-Mandate betreffend.

Die Einführung der Reichstagsdiäten hat eine größere Bewegungsfreiheit der Parteien in der Auswahl ihrer Kandidaten herbeigeführt. Es war darum sehr verständlich, daß im direkten Zusammenhang damit der Ruf sich erhob nach:

Keine Doppel-Mandate oder doch möglichst wenige!

Der Ruf ist sehr berechtigt. Die Rücksicht auf die Interessen der Partei, wie auf die allgemeinen Interessen der feindlichen parlamentarischen Körperschaften verlangt, daß ihm nach Möglichkeit und Einnahme Rechnung getragen wird.

Die Rücksicht auf die ganz gleichen Interessen kann aber auch verlangen, daß der sehr berechtigten Grundgedanke nicht zur Anwendung kommt: daß man also in diesem oder jenem Einzelfalle an einem Doppel-Mandat nicht rüttelt. Ja es kann vorkommen, daß man aus eben dieser Rücksicht da oder dort neue Doppel-Mandate schaffen muß.

Ueber die Gesichtspunkte, welche dabei in Betracht kommen und maßgebend sind, kann Meinungsverschiedenheit nicht bestehen. Natürlich können sie nur den Interessen der Allgemeinheit und der Partei entnommen sein. Interessen oder Wünsche rein persönlicher Natur können nicht in Betracht kommen, wenigstens nicht so, daß sie maßgebend und entscheidend wären.

In der Regel wird der Fall so liegen, daß der Inhaber eines Doppel-Mandates persönlich die Verbeibaltung nicht wünscht. Für einen Abgeordneten, der in größerem Umfang an der parlamentarischen Arbeit sich beteiligt und es ernst nimmt mit seinem Abgeordnetenamt ist ein Doppel-Mandat eine schwere Belastung. In der Regel wird also nur das die Frage sein, ob die Partei wünscht und wünschen muß, daß ein bestehendes Doppel-Mandat bleibt oder ein noch nicht bestehendes geschaffen wird.

Die Gründe, aus welchen die Partei die Aufrechterhaltung oder Neuerschaffung von Doppel-Mandaten wünschen können, können zweierlei Art sein. Es kann auch vorkommen, daß in einem bestimmten Falle beide Arten zusammenzutreffen.

Die Wahlbezirke sind nicht gleich stark. Es kann vorkommen, daß ein Wahlbezirk gefährdet würde oder gar verloren ginge, wenn ein Kandidatenwechsel vorgenommen würde.

Wo der Fall so liegt, darf an einem bestehenden Doppel-Mandat nicht gerüttelt werden.

Es wäre schwer zu verantworten, wenn man selbst auf die Gefahr hin, ein Mandat zu verlieren, das sonst erhalten bliebe, ein bestehendes Doppel-Mandat beiseitigen wollte.

Es kann zwar vorkommen, daß ein Mandat, das sonst unerschütterlich wäre, dann gewonnen würde, wenn ein Mann die Kandidatur übernehmen würde, der bereits ein Mandat hat. In diesem Falle müßte ein neues Mandat geschaffen werden.

Es wäre unverantwortlich, wenn man auf den außerordentlich wertvollen Gewinn eines neuen Mandates verzichten wollte, um nicht ein neues Doppel-Mandat herbeizuführen.

Und: ein Abgeordneter, der unter solchen Umständen der Last eines Doppel-Mandates sich nicht entzage, würde gerade mit der Uebernahme eines Doppel-Mandates seiner Partei den allergrößten Dienst leisten.

Wie bei den Wahlbezirken die Verhältnisse sehr verschieden sein können, so auch bei den Persönlichkeiten, die als Kandidaten in Betracht kommen.

Natürlich sind es immer sehr achtungswürdige und vertrauenswürdige Persönlichkeiten, die von der Partei als Kandidaten für Landtag oder Reichstag ins Auge gefaßt werden. Es kann jemand zum Abgeordneten ganz gut vereignen und in der Lage sein, den Obliegenheiten des Amtes gerecht werden zu können, ohne auch durch hervorragende Vermögensfähigkeit und hervorragende tatsächliche Leistungen sich auszuzeichnen. Die Leistungsfähigkeit wie auch die tatsächlichen Leistungen sollen auf drei Gebieten sich zeigen: in der Kammer selbst, in der Kommission der Kammer und in der Fraktion. Von den Leistungen auf dem ersten Gebiete erzählt jedermann Kenntnis; die auf dem zweiten und dritten werden weniger bekannt, obwohl sie nicht selten viel wichtiger sind. Je mehr eine Partei zu einer gewissen Stärke gelangt ist, desto mehr fällt ihr in der Kammer auch Anteil an der parlamentarischen Arbeit zu. Und je mehr das der Fall ist, desto mehr liegt es im Interesse der Partei, daß sie durch hervorragende hervorragende Arbeitskräfte für die Kammerverhandlungen wie auch für die Kommissionsverhandlungen, die es gepantert die Beziehungen zu den gemeinsamen Parteien sind, je mehr der feste und treue Zusammenhalt in der eigenen zahlreicheren Fraktion von Nutzen ist, desto größeren Wert muß die Partei darauf legen, daß ihre

parlamentarischen Vertreter auch als möglichst tüchtige Mitglieder der Fraktion sich bewähren, so daß das Kollegium der Fraktionsgenossen im vollen Sinne des Wortes ein Kreis vertrauter politischer und persönlicher Freunde ist.

Unter diesen Gesichtspunkten kann es in hohem Grade wünschenswert für eine Partei sein, daß die eine oder andere Persönlichkeit sowohl dem einen Parlament angehört als auch dem anderen, daß ihr also ein Doppel-Mandat übertragen wird, wenn auch keiner der von ihr vertretenen Wahlbezirke durch einen Kandidatenwechsel gefährdet würde.

Wo aber solche Rücksichten und Gesichtspunkte nicht in Frage kommen, da sollen Doppel-Mandate nicht bestehen. Und wenn in einem Lande nicht von allen Doppel-Mandaten abgesehen werden kann, wie gerade bei uns in Baden, dann soll um so mehr darauf gesehen werden, daß keines bestehen bleibt, welches nicht notwendig erscheint.

Deutschland.

Berlin, 12. Februar 1909.

Ein Handbuch des deutschen Parlamentsrechts zu schaffen.

Das „Parlamentsrecht“ ist nicht mit dem gewöhnlichen Begriff des Staatsrechts identisch, noch weniger ist es die bloße Geschäftsordnung des Parlaments. Es soll wohl die Geschäftsordnung und die Organisation des Reichstages, aber dann auch noch eine gewisse Stellungnahme darstellen und enthalten, die das betreffende Parlament in Staatsfragen verfolgen hat. Es ist gewissermaßen ein Rechtslehre, eine Uebersicht über das, was der deutsche Reichstag in seiner 40jährigen Tätigkeit getan und geleistet. Es ist aber wieder nicht bloß ein Rechtslehre, sondern ein Handbuch, das die wichtigsten und wichtigsten Beispiele und Präzedenzfälle für alles künftige parlamentarische Arbeiten. Wir müssen in deutschen Reichstagen auf unsere Tradition, auf frühere Stellungnahmen Bezug nehmen können. Es muß das Ansehen des deutschen Reichstages herabsetzen, wenn er von Zeit zu Zeit mit seinen eigenen früheren Entscheidungen in Widerspruch gerät. Die neueste Abhandlung des Herrn Dr. Guido Jäger über das Wahlprüfungsrecht des Deutschen Reichstages, erweckt doch eine fatale Empfindung. Dort wird gesagt, wie wenig sich der Reichstag an seine eigenen Präzedenzfälle hält. Das gleiche gilt für Budgetrecht, parlamentarische Rechnungskontrolle usw. So wichtig es ist, so schwer ist es, — denn wo sind die Präzedenzfälle immer zu finden? Die Tradition hat langjährige Praxis für sich und imponiert und hilft oft weiter, wenn man sie nur kennt. Sie gibt dem Reichstagen auch Rückhalt gegen Eingriffe anderer Organe in seine Wirkungskreise. Ein solches Buch hätte darzulegen und leicht zugänglich zu machen erstens den geschichtlichen Werdegang eines jeden Instituts der Geschäftsordnung; 2. eine rechtsvergleichende Uebersicht über das, was in Bezug auf Parlamentspraxis und Institute in anderen Ländern geleistet und eingebürgert ist; 3. eine Uebersicht über das, was durch die Praxis in jedem einzelnen Rechtsinstitut der Geschäftsordnung geleistet wurde; 4. wären alle staatsrechtlichen Fragen, wie sie die Parlamentspraxis der vergangenen 40 Jahre brachte, darzulegen. Um nur ein Beispiel aus neuerer Zeit dafür anzuführen, wie nötig ein solches Handbuch ist, ich habe ich mich vergebens bemüht, in einem der landläufigen Staatsrechtbücher eine Antwort auf die Frage zu erhalten, was zu dem Begriffe der „Garantie“ gehört und nötig ist, deren Uebernahme nach Artikel 73 der Reichsverfassung einzig und allein auf dem Wege des Gesetzes vollzogen werden kann. Gewiß gibt es dahin gehörende Präzedenzfälle, die sich im Reichstagen ereignet haben; sie sind in den Denkschriften und Registraturen verborgen. Die Staatsrechtler der Gegenwart schweigen über diesen Punkt. Wie nützlich wäre es, wenn man diese Präzedenzfälle aus dem deutschen Reichstagen selbst heraus bezeichnen und lernen könnte. In das Parlamentshandbuch hinein gehören weiter z. B. alle Fragen über Ministerverantwortlichkeit, Wahlprüfung, Wahlrecht, Rechnungslegung, Reichstagskompetenz in gesetzgeberischen und Verwaltungsfällen und vieles andere mehr. Das kleine Büchlein von Perels, wie es vorliegt, ist allerdings eine nützliche Sammlung; aber dieses nützliche Werk will und kann gar nicht dem oben genannten, allgemein empfundenen Bedürfnis auch nur entfernt genügen. Vor allem fehlt hier der Zusammenhang mit den geschichtlichen Entwicklungsgang der Geschäftsordnung; die Verbindung der Reichstagsgeschäftsordnung mit der Preussens, wie sie tatsächlich durch die Geschichte gegeben ist, hat keine Berücksichtigung erfahren. Die preussische Geschäftsordnung hat ja wieder ihre Geschichte; 2. fehlen rechtsvergleichende Uebersichten, woraus man ersehen könnte, wie es in anderen Ländern gehandhabt wird. Man sehe z. B. Pierre Traité

de droit politique electoral et parlementaire daraufhin an, wie er Geschichte und Rechtsvergleichung pflegt. Schließlich entbehrt das Büchlein von Perels jeder umfassenden Darstellung staatsrechtlicher Parlamentsfragen, wie sie immer wieder auftauchen. Perels „Autonomes Reichstagsrecht“ will ja bloß die Geschäftsordnung behandeln. Und so fehlt diesem Werke, wie dies schon Eugen Richter in der „Frankf. Zeitung“ beim Erscheinen des Buches treffend hervorhob, der politische Blick und die Einsicht in den Zusammenhang der Institute. Diese Wünsche kann auch eine vermehrte und verbesserte Auflage von Perels „Autonomes Reichstagsrecht“ nicht befriedigen; sie liegen eben außerhalb der ganzen Anlage dieser Schrift. Alle diese Erwägungen befehlen die Uebersetzung dahin, daß ein Parlamentshandbuch wie das von Pierre auch für unseren Reichstag angefertigt werden muß und je schneller desto besser. Das Buch muß — soll es berechtigten Forderungen entsprechen — objektiv und parteilos geschrieben sein. — Diese Anregungen sind sehr dankenswerth.

Galt Bauer in Bayern.

Die liberalen Blätter treiben ihre Ministerkämpfe weiter. Da sie mit der Mittlere nicht durchbringen konnten, versuchen sie es auf andere Weise. Sie beschuldigen nämlich oft den stellvertretenden Ministerpräsidenten von vertraulichen amtlichen Mitteilungen in der Zentrums-Presse und haben den Minister überhaupt als Kreatur des Zentrums hinzustellen. Sie schmökeln um die Ministerkämpfe herum, um zu erlangen, ob Zentrumsjournalisten dort aus- und einsehen. Und wenn das nicht reicht, dann beschuldigen sie ohne weiteres bekannte Zentrumsjournalisten, sie hätten sich ihre Informationen direkt vom Minister geholt. So hat sich z. B. der „Frankfurter Kurier“ in Nürnberg den Herrn Redakteur Frid herausgelockt, der in München ein Zentrums-Korrespondent verurteilt. Das liberale Blatt behauptet, stellvertretender Minister von Wehner habe den Herrn Frid zu sich rufen lassen, um ihn über die Senatsangelegenheit zu informieren. Herr Frid erklärt nun in Nr. 34 der „Münchener Post-Zeitung“ diesen Behauptungen für durch und durch unmaß. Er habe die ganze Angelegenheit selbst erst durch die Presse kennen gelernt. Interessant ist dann noch, was er weiter anführt. Er schreibt: „Selbstverständlich gehe ich dann und wann zu einem der Herren Minister, um mir eventuell eine Information zu erhalten. Das liegt im Interesse meines Dienstes. Ich habe das bei allen früheren Ministern tun können und tue es jetzt ebenso. Ich sage das ganz offen; ich habe nichts zu verbergen. Ich behalte das Recht wie liberale Journalisten und lasse mir es nicht durch die gegnerische Politik beschneiden. Der Vertreter des „Frankf. Kurier“ ist ja auch bestrebt, Informationen aus den Ministerien zu erhalten. Die „Münchener Zeitung“ macht es ebenso. Die „Münchener Post-Zeitung“ hat bekanntlich einen ausgezeichneten Dienst dieser Art eingerichtet, dessen Einzelheiten ja nicht unbekannt sind. Und sowohl den jetzigen wie den früheren Gesandten der „Münch. Neuesten Nachrichten“ habe ich selber schon in Ministerien gesehen. Soll denn das, was bei der liberalen Presse Verfliegenheit ist, einem Zentrumsjournalisten verweigert sein? Eben so hat die „Münchener Post-Zeitung“ die wichtige Mitteilung gebracht, daß der Herr stellvertretende Minister sich die Zustimmung der übrigen Minister zu der Ministerpräsidentenwahl erholt hat. Und die „Münchener Post-Zeitung“ bringt eingehende Mitteilungen über die Stellung des Herrn stellvertretenden Ministers über die im Reichstagsministerium, die erstlich auf ministerielle Information zurückzuführen sind. Darüber spricht kein Mensch. Es ist doch eine durch und durch objektive Denkwiese, daß man amtliche Mitteilungen in Vertretung zu bringen erlaubt, wenn man ihnen nachsagt, sie stehen hinter der Zentrums-Presse, während die liberale Presse sich in der Sache nach ministeriellen Informationen gar nicht genug tun kann.“

Die liberalen Blätter.

Hier heißt es wieder einmal: Galt Bauer, das ist etwas anderes! Dahinter findet man nichts, daß liberale Journalisten auch bei Ministern sich Informationen holen; tut das aber auch ein Zentrumsjournalist und besonders in Bayern, dann ist das ein Zeichen dafür, was sich das Zentrum alles erlaubt im schwärzen Bayern!

Die liberale Presse scheint überhaupt keine Rücksicht auf das bayerische Zentrum als Bauwerk an die Wand zu machen. Zur selben Zeit, wo Baden unter liberaler Regierung seinen Fall Model hat, wo sogar, wie neuerdings in den Blättern zu lesen war, ein Bezirksamt von einem Redakteur wissen wollte, ob die bishigen Modelartikel des Blattes aus Zentrumskreisen kommen, wo der national-liberale Parteichef, das Ministerium nicht genug seines Weils für die Disziplinierung Models verfahren kann, wo in Preußen Disziplinierungen auf Disziplinierungen folgen, wo im liberal-logischen Frankreich Lehrer und Militärs aus politischen Gründen fortwährend diszipliniert werden — zur selben Zeit wagen badische und außerbadische liberale Blätter zu schreiben: die Zentrums-Presse ist schuld an den Disziplinierungen in Bayern, die Minister warteten nur auf den Wind der Zentrumsgewaltigen etc. Zur selben Zeit tun diese liberalen Blätter so, als käme so etwas nur im schwärzen Bayern vor.

Uns ist dieses G. u. d. P. der liberalen Presse zu ersehnt, als daß wir etwas weiteres dazu zu bemerken für notwendig hielten.

* Der Bundesratsausfluß für auswärtige Angelegenheiten.

Der württembergische Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker hielt am 10. Februar in der Zweiten Kammer eine Rede, worin er die Vertretung des Bundesratsausflusses für auswärtige Angelegenheiten begründete und auf die historische Stellung des Ausschusses im vergangenen November hinwies, in welcher der Reichskanzler eingehende beruhigende Erklärungen abgab. Sämtliche Minister, betonte der Ministerpräsident, konnten dem Reichskanzler ihr volles Vertrauen zu seiner Führung der auswärtigen Politik aussprechen. Die Stellung der deutschen Regierung zu dem österreichisch-ungarischen Frieden haben wir alle begründet. Voransichtlich wird der Ausfluß in regelmäßigen Perioden zusammentreten, woraus das Ausland erkennen wird, daß sowohl innerlich wie innerlich eine geschlossene und entschlossene Einheit des friedfertigen Deutschlands vorhanden ist.

Der Ausfluß besteht bekanntlich aus den Vertretern Bayerns, Württembergs und Sachsens, die noch zu zwei weiteren Bundesstaaten kooperieren. Um nicht eine gewisse Kontrolle bezüglich der Führung der auswärtigen Politik gegen sie zu üben zu können.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Oesterreichs Gebuld gegen Serbien zu Ende. Wie die „Reichspost“ vernimmt, steht ein diplomatischer Schritt Oesterreich-Ungarns bei den Mächten unmittelbar bevor. Derselbe dürfte mit Rücksicht auf die fortwährenden Kriegserklärungen Serbiens eine gemeinsame Vorstellung der Mächte in Belgrad bezwecken. Die Lage in Serbien ist heute eine beartige, daß sich Oesterreich-Ungarn gezwungen sieht, darauf aufmerksam zu machen, daß Serbien einem Kriege vorzubereiten und es ist selbstverständlich, daß die Monarchie nicht lange mehr untätig zusehen kann. Oesterreich-Ungarn wird an die Mächte appellieren, an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken; würden auch die Bemühungen der Mächte vergeblich, so bliebe nichts als die ultima ratio des Krieges.

Zum Kabinettswechsel schreibt die offiziöse Wiener Zeitung:

„Das Ministerium, dessen Ernennung morgen amtlich verkündet werden wird, ist nicht aus parlamentarischer Mehrheitsbildung hervorgegangen, denn eine solche ist schwer möglich, so lange die nationalen Parteien so scharf wie bisher gegeneinander stehen; die Krone hat vielmehr als Ratgeber Männer berufen, die sich in der Führung der öffentlichen Geschäfte vielfach erprobt haben, deren bisherige Tätigkeit die Gewähr bietet für eine sach- und sachgemäße Wahrnehmung des ihnen anvertrauten Wirkungsbereiches. An die neue Regierung treten Persönlichkeiten von entschiedener, aber umfangreicher nationaler Gesinnung. Entbehrt das nationale Belieben einzelner unter ihnen der parteimäßigen Anpassung, so ist es doch darum nicht minder rein und hart. Sämtliche Mitglieder des neuen Kabinetts setzen auf der Grundlage der Uebergangung von der sozialen Mission des Staates. Das neue Kabinet soll ein Ministerium der Kräfte, unbeeinträchtigen Bewältigung der nationalen Annäherung und der sozialen Reform sein.“

Türkei.

Ein Komplott gegen den Sultan? In Konstantinopel zirkulieren Gerüchte von der Entdeckung eines Komplotts zur Entthronung des Sultans zu Gunsten des Bringen Jusuf Zehedi. An der Spitze des Komplotts sollen ein Korpskommandant und ein Mitglied des jungtürkischen Komitees gestanden haben. Der entlassene Kriegsminister soll Kenntnis von dem Komplott gehabt haben.

Bulgarien und die Türkei. Der bulgarische Handelsminister Ratschew, der früher Unterhändler in Konstantinopel war, wird auch das Entente-Protokoll unterzeichnen. Er erwartet nämlich die Ordre zur Reise nach Konstantinopel. Sofort nach Abschluß der türkisch-bulgarischen Vereinbarungen erfolgt die Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit durch die Großmächte. — Die Spannung zwischen Bulgarien und der Türkei scheint ihren ersten Charakter verloren zu haben. Die bulgarische Regierung hob das Ausfuhrverbot für Mehl und Lebensmittel nach der Türkei auf und gestattete die Durchführung von 2000 für die Türkei in Ungarn angekaufter Weizenperle. — Nach einer Mitteilung des türkischen Handelsministers an die „Zem Gazette“ hält die Porte an der Entschädigung von 1500 Millionen Francs seitens Bulgariens fest und hofft, daß Russland den Interessen der Türkei Achtung tragen und durch Annahme des türkischen Vorschlags einer materiellen Beweis seiner Freundschaft geben werde.

Balkanstaaten.

Die Serben werden frech. Wie aus Semlin gemeldet wird, hat Kriegsminister Jivkovich den Obersten im Generalstab, Nisovitch, angewiesen, Anordnungen zu treffen, daß sich 40 000 Mann macedonisch-serbischer Freiwilliger in kleinen Abteilungen an die bosnische Grenze sowie an die Grenze des Sandjaks Kowibazar

begeben. Die Fährung dieser Abteilungen wird mazedonischen Kommanden anvertraut. Auch wird ein Offizier der serbischen Armee jeder Bande beigegeben. — Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, wird in der serbischen Sache eine Entscheidung gegen das Frühjahr hin erfolgen. Alles hängt von Serbien selbst ab. Deisterreich-Ungarn werde alle republikanischen und ähnlichen Herausforderungen auch weiterhin ignorieren und erst dann zu Taten schreiten, wenn Serbien zu Tatsächlichem übergehen sollte.

Frankreich.
Zum deutsch-französischen Abkommen. Der frühere Kammerpräsident Deschanel erklärte in einem Interview, das deutsch-französische Abkommen mache den Meinungsverschiedenheiten ein Ende, die sowohl Frankreich wie der ganzen Welt nachträglich gegeben seien. Das neue Abkommen ermögliche normale Freundschaftsbeziehungen zwischen den beiden Regierungen. — „Welt Parisien“ glaubt mitteilen zu können, daß gleichzeitig mit den deutsch-französischen Verhandlungen Besprechungen stattgefunden haben, dahingehend, auch über andere wirtschaftliche Fragen eine Verständigung zu erzielen. Diese Nebenverhandlungen sollen auf die Entschlüsse der deutschen Regierung nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Spanien.
Spanien und das deutsch-französische Abkommen. Nach einer Madrider Meldung des „Welt Parisien“ machen sich in dortigen diplomatischen Kreisen hinsichtlich des deutsch-französischen Abkommens zwei Strömungen geltend. Die eine befürwortet die einfache Zustimmung Spaniens, während die andere den Abschluß eines Spezialabkommens vorschlägt.

Ägypten.
Aus Marokko. Aus Tanger wird gemeldet: In diesem marokkanischen Kreise, die Anteil an dem Geschick ihres Vaterlandes nehmen, macht sich infolge des deutsch-französischen Abkommens lebhaftere Erörterung gegen Deutschland bemerkbar. Man kann gerade auch nicht behaupten, daß die Nachricht von diesem Abkommen von den hiesigen Deutschen mit Jubel empfangen worden wäre. Im Gegenteil! Niedrigkeit und Unwillen über das Abkommen macht sich mit wenigen Ausnahmen bemerkbar. Was wollen denn die Herrschaften eigentlich? — Die Bildung eines aus französischen, deutschen, englischen, spanischen und portugiesischen Finanzgruppen bestehenden Syndikats zur rationalen Ausbeutung der marokkanischen Kohlengruben steht bevor. Das Unternehmen, das als höchst ergebnisbringend wird, dürfte binnen kürzester Zeit durchgeführt werden. Diefem Konsortium dürfte auch die Ausführung einer der geplanten Bahnen gewährt werden.

Amerika.
Das Ende der anti-japanischen Bewegung. Die unangenehmen Bemerkungen Roosevelts, die anti-japanische Bewegung in Amerika zum Stillstand zu bringen, haben einen großen Erfolg erzielt. Es ist dem Präsidenten gelungen, ein Abkommen mit Japan zu erzielen, indem Amerika Sonder-schulen für japanische Kinder errichtet und die Regierung in Tokio dagegen die japanische Auswanderung nach Amerika kontrolliert. Die Bemerkungen Roosevelts demnach bezeugt und die Pacific-Staaten wollen alle anfälligen Wills gegen Japan fallen lassen.

Baden.

Karlsruhe, 12. Februar 1909.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat den Expeditionsdirektor Ludwig Scheider bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Expeditor bestellt rasch.

Eine Vohergabe auffallend rasch verwirklicht.
In Mosbach schien Obfischer ein Hauptgewicht darauf zu legen, sich in persönlicher Ausfüllung gegen den Führer des Zentrums zu ergehen. Dieser sah sich denn auch

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg (Breisgau). Pfarrverweser Daxner in Aufträgen wurde vom Fürsten von Hohenzollern für die Pfarrei Aufingen präsentiert.

Für die Süd-Italiener sind in den katholischen Kirchen der Erzdiözese Freiburg 43.000 Mk. eingegangen (es gibt sicher noch viele Nachträge), die direkt in die Hände des Papstes mündelvergeben werden.

Wegen der Erkrankung des Herrn Stefan Zimmermann ist ein neuer Vikar nach Gernsbach angewiesen. Und zwar kommt dorthin Herr Vikar Karl Wäfler in Etodach.

Limburg, 11. Febr. Ganz unerwartet brachte der Telegraph die traurige Nachricht aus Kamerun, daß am 8. Februar der hochw. Herr Vater Friedrich Wanden, P. S. M., in Groß-Watanga (Sildamerun) gestorben ist.

Durch den Tod des hochw. Herrn Vater Wanden hat die Missionsgesellschaft der Pallottiner eines ihrer tüchtigsten Mitglieder verloren. Im November 1900 wurde er zum zweitenmal nach Kamerun berufen. Er hielt es 4 1/2 Jahre unter der fegenden Tropenhitze aus. Während der hochwürdigsten Apokal. Vikar Vater Heinrich Bieter von September 1903 bis Februar 1908 in Deutschland weilte — Generalvikar und Vikar —, war Vater Wanden dessen Stellvertreter in Kamerun und trat nach dessen Rückkunft im April 1906 die nötige Erholungsreise nach Deutschland an. Aber schon im November ging er zum drittenmal nach Kamerun, wo ihn jetzt der Herr aus dem Leben abgerufen hat.

Faderborn. Die beiden letztjährigen Postenstellen-schreiben des Herrn Bischofs Dr. Schneider handelten über die Gottesliebe; das diesjährige hat die Nächstenliebe zum Gegenstande. Zunächst enthält es eine Darlegung des Unterschieds zwischen der heidnischen natürlichen Nächstenliebe und der christlichen Nächstenliebe.

Medeln, 10. Febr. Hgr. van den Branden de Meeth, Titularerzbischof von Tyrus, der hier anständig und in Deutschland durch wiederholten Besuch der Generalversammlungen der deutschen Katholiken bekannt ist, ist schwer erkrankt und mit den Sterblichkeits-zeichen versehen worden. Der Herr Erzbischof steht im 68. Lebensjahre.

Wahlfahrt nach Maria-Lourdes. Der Pilgerzug, der am 3. Mai 1909 von Wien abgeht, nimmt die Richtung:

veranlagt, in persönlicher Erwidrerung ihm entgegenzutreten. In derselben sagte er u. a.:

„Am übrigen zweifle ich gar nicht daran, daß es Obfischer hinreichend gelingen wird, einzelne Teile der national-liberalen Partei abzugewinnen.“

Daß das so rasch in Erfüllung gehen würde, wie es tatsächlich der Fall war, hätte wohl niemand gedacht. Schon nach 3 Monaten sind die Freisinnlichen gründlich abgezogen. Man braucht gar nicht mit ihnen zu sympathisieren, um anzuerkennen, daß sie vielen Grund haben, unzufrieden zu sein. Daß das verzeichnet werden muß, ist das uneingeschränkte Verdienst Obfischer's. Im übrigen Zusammenhang damit steht die Verleumdung der Demokraten. Um die National-Liberalen glaube man sich überhaupt nicht kümmern zu sollen.

Es wäre ein Verstoß gegen die Wahrheit, wenn man behaupten wollte, daß Obfischer's „Verleumdung“-Taktik dies herbeigeführt hat.

Es wäre merkwürdig, wenn diese Entwicklung und Erziehung der Blochfrage nicht auch in den Reihen der National-Liberalen bedenklich wirken würde. National-liberale Freisinnigen lassen keinen Zweifel daran, daß es in hohem Maße der Fall ist.

Dazu kommt die Bewegung, die an den Namen Karl sich knüpft.

Zweifellos ist es Obfischer schon jetzt „hinreichend gelungen“.

Dr. Obfischer in seinem Wahlkreis.
Überbr., 11. Febr. Der national-liberale Parteichef Dr. Obfischer wird nächsten Sonntag nachmittag im „Grischen“ zuhaltigen über die politische Lage in Baden sprechen.

Wird Herr Dr. Obfischer bei dieser Gelegenheit die vor einiger Zeit angekündigte Abtute vor den Lehrsprecher leisten?

Hilbert wieder Kandidat.
Der Abgeordnete für Donaueschingen-Engen, Herr Hilbert, hat an verschiedenen Orten Bericht erstattet über den letzten Landtag. Daß seine Kandidatur wieder aufgestellt wurde, war immer Niemand's nichts zu lesen. Offenbar wird sie aber wieder aufgestellt werden. In Engen hat nämlich der dortige Bürgermeister ihm am Schluß gedankt und noch etwas weiteres gesagt, worüber der „Heg. Erz.“ sagt:

„Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Herr Hilbert auch im nächsten Landtage Gelegenheit haben werde, die Interessen seines Wahlkreises in gleich eifriger Weise zu vertreten.“

Noch eine Stimme aus der evangelischen Geistlichkeit.

In der konservativen „Deutschen Reichspost“ Nr. 33 vom 10. Februar äußert sich ein bisher national-liberaler Pfarrer zur Erklärung der 46 Geistlichen, welche an Widmeß in Karlsruhe waren, um praktisch Stellung zu nehmen gegen die national-liberale Partei. Er schreibt u. a. über diese Erklärung, die wir seinerzeit mitgeteilt haben:

„Wir können aufgrund unserer Information berichten, daß hinter diesen 46 mindestens die dreifache Zahl evangelischer Pfarrer durch das ganze Land hin verteilt, welche in dem berühmten bahnbrechenden Schriftchen des Pfarrers Karl ihr „Programm“ lesen. Dieses „Programm“ aber heißt nicht mehr und minder als: die national-liberale Partei wadent ist der Feind.“

In dem Kulturwert der Erklärung der 46 Geistlichen schreibt der Pfarrer:

„Positive und liberale evang. Pfarrer haben in so überaus großem Maße eine freigeistige Vereinigung in dem Augenblick geschlossen, wo ein Pfarrer Marquart durch seinen unangenehm Angriff der ganzen politischen liberalen Presse zu einem schadenstollen Belasteter von Zeitung zu Zeitung über die evang. Pfarrer verfaßt. Die national-liberale Partei aber hat sich durch diesen kulturmissigen „Freibeuterzug“ nur die eigenen Seelen geritten, ohne damit sagen zu wollen, daß dieser „Freibeuterzug“ Anlaß zum freigeistigen Zusammenstoß werden. Die evangelische Landeskirche Badens wird den Ertrag aus diesem Zusammenstoß einern, denn die positiven und liberalen liberalen werden auf einander Müßigkeit nehmen, ohne den eigenen Lehrstandpunkt zu verlassen, welcher mit der praktischen kirchenpolitischen Tätigkeit vorwärts nicht zu tun hat. Der Kulturwert geht noch weiter. Die katholische und protestantische Geistlichkeit wird sich in der Behandlung gemeinsam er christlicher, freikirchlicher Konferenzen finden. Es ist Grundgesetz der christlichen Welt, daß gemeinsame praktische Arbeit den Frieden bringt, ja zum Frieden zwingt. Der politische Liberalismus aber hat in sich das andere Grundgesetz seiner „Welt“, die Kirchen, die Religion und Konfession aus dem Kampfe praktischer Arbeit am öffentlichen Leben hinauszuwerfen oder hinaus-

zudrängen, je nachdem er mehr oder minder links steht. Er versucht also, bewußt oder unbewußt, den fortgeschrittenen lauten oder stillen Kulturkampf, er beunruhigt in dem Augenblick, wo er durch seine Maßnahmen dem Frieden zu dienen vorgibt. Es muß diesem politischen Liberalismus doch selber hochbedenklich vorkommen, daß gerade in der Zeit der hochgeachteten materiellen Berücksichtigung von Hab und Gut, seines heiligen Kampfes gegen christliche Kirchen und Konfession und damit gegen christliche Religion einerseits, nun andererseits ein kräftiger Gegenwind die Güter des christlichen Geistes durch alle Sündenränge hindurch zum Lichte emporhebt. Ja, es war immer so, die Welt, auch die politische Welt, muß sich entscheiden für oder gegen Christus. Und eine politische Vertretung des evangelischen Christentums in irgend einer Form wird zur Tatfunde.“

Diese Sätze beweisen, daß die Überzeugung von der inneren Notwendigkeit, speziell im Interesse des Christentums und der Kirche gegen den politischen Liberalismus in Baden Stellung zu nehmen, in diesen Kreisen allmählich durchdringt.

Der Redakteur des Volksfreunds.
Herr Wilhelm Stoll, stellt in Nr. 35 des „Volksfr.“ bezüglich der Kleinrentner-Konferenz, wo er die Anwesenheit getan haben soll, mit Ged. kandidiere er nicht, fest.

„Demgegenüber stelle ich fest, daß die Konferenz in Kleinrentner 1. keine Wahlrechtskonferenz war und deshalb 2. auch die Vorzeiger Genossen nicht auf derselben vertreten waren. Der einzige Vorzeiger Genosse, der an der fraglichen Konferenz teilgenommen hat, war der Kandidat für den Bezirk Eutingen-Vorzeimer, Gen. Müller, der aber die dem Genossen Stoll in den Mund gelegte Verleumdung deshalb nicht bekräftigt hat, weil sie nicht gemacht wurde. Dagegen hat Gen. Stoll in Vorzeimer, wie aus dem geizigen Bericht zu ersehen ist, das gesagt, was Stoll in Kleinrentner gesagt haben soll. Aber darüber entzieht sich der „Vorwärts“-Korrespondent natürlich nicht. Ich begnüge mich mit diesen Feststellungen.“

Aus dem Wahlgebiet von Zah.
Aus nachstehenden Gründen interessiert jetzt sehr die Frage, wie für Zah-Altenheim die Kandidaturfrage gelöst werden wird, soweit es sich um die Liberalen der verschiedenen Richtungen handelt. Auch für Zah-Stadt kommt sie in Betracht. Wenn die dortigen Linkliberalen gefordert vorbringen, bleibe es wohl nicht ohne Folge, obwohl ihre Zahl nicht besonders groß ist. In der Frage der Kandidaturfrage würde sich kaum etwas ändern. Einweilen können die National-Liberalen darauf zählen, daß es ihnen verbleibt. Klein es läme, mit ziemlichlicher Sicherheit zu einem zweiten Wahlgang, der auch dann nicht ausgeschlossen ist, wenn die Liberalen beschaffen bleiben, wie es bisher war. Unter solchen Umständen erachtet es nicht ausgeschlossen, daß für Zah-Stadt und Zah-Land speziell der alte Bloch erneuert und Leimbürger wieder als Kandidat desselben aufgestellt wird. Eine Bemerkung in der „Zah. Ztg.“ läßt darauf schließen. Dieses Blatt fände es bedenklich, wenn in Konsequenz des Scheiterns der Blockverhandlungen nunmehr in allen Wahlkreisen, in denen Linkliberalen sich finden, zwischen diesen und den National-Liberalen der Kampf auszufochten wäre und bemerkt in Nr. 34:

„Wenn das selbständige Vorgehen der verschiedenen liberalen Parteien in allen Wahlkreisen bedeutet, daß der Wahlkampf zwischen ihnen überall im ganzen Lande eröffnet werden soll, so kann man nur wünschen und hoffen, daß ein solches Experiment nicht gemacht wird.“

Es wäre ein sehr großes Entgegenkommen gegen die Demokraten, wenn Leimbürger Bloch-Kandidat bleiben könnte, da sie im Bezirke Zah-Altenheim nur schwach vertreten sind.

Freiburg, 10. Febr. Zur Haltung des Bauernvereins bei der Umlageerhebung für die Landwirtschaftskammer schreibt man uns: Die in Mannheim erscheinende „Neue Badische Landeszeitung“ hat noch gestellt in dem Wittenfranz der „Bad. Landeszeitung“, „Heidelb. Tagblatt“, „Frankf. Zeitung“ und „Volksfreund“, die alle den Wadischen Bauernverein angegriffen haben, weil er die für die Landwirtschaftskammer zu erhebende, nunmehr beschlossene Umlage bekämpft hat. Die Mannheim'ere wehren sich doch auch gegen die Schiffahrtsabgaben, obgleich dieselben nur minimal sein sollen. Auch mit der Vermögensteuer in der Stadt sind die Stadtleute nicht zufrieden; die ländlichen Abgeordneten werden an die Haltung der ländlichen Händlerpresse in der Umlagefrage erinnern, wenn die Reform der Vermögenssteuer im Landtage dran kommt. Was würden wohl die Hintermänner der „Neuen Badischen Landeszeitung“

dazu sagen, wenn die Umlage der Landwirtschaftskammer von Neuem beschlossen würde, die niemals in die Lage kommen, eine solche bezahlen zu müssen? Eine weitere Frage: Gelegt den Fall, es würde eine Kammer für Zeitungverleger mit dem Sitze in Mannheim gegründet, gefeiert weiter den Fall, es bestünde eine scharfe Kontrastierung zwischen dem General-Anzeiger und der Neuen Badischen Landeszeitung und es würde bei solcher Lage der Dinge die Verlegerkammer in die Geschäftsräume des General-Anzeigers verlegt, der mit der Kammer gemeinsame Kasse führte, wäre denn die „Neue Badische Landeszeitung“ von einer solchen Kammer entzweit und hätte sie zur Objektivität derselben Vertrauen? Nun etabliert sich aber die Landwirtschaftskammer beim Konsumverein, dem wadischen Gegner des Bauernvereins. Es wird mit Hoffentlich auch der „Neuen Badischen Landeszeitung“ klar sein, daß der Wadische Bauernverein zu dieser Leitung der Landwirtschaftskammer nicht das nötige Vertrauen hat.

(Wir verstehen nicht recht, warum sich liberale und sozialdemokratische Wähler so sehr ereifern gegen die Stellung der Bauernvereinsmitglieder zur Umlage. Wir haben uns in diesen Streit gar nicht gemischt, weil wir der Ansicht waren und sind, daß das lediglich der Entscheidung der Mitglieder der Landwirtschaftskammer unterliegt, die darüber eben verschiedener Ansicht waren, wie das auch in anderen Kammern vorkommt. Das Geheiß, das jetzt die liberale und sozialistische Presse erhebt, ist lediglich wiederum ein Beweis dafür, wie heute alles, was das dazu Ungeeignetheit, zur Parteiliche gemocht wird. D. N.)

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 11. Febr. Das Geschehen und Betardungsbild für das Großherzogtum Baden veröffentlichte in Nr. 4 den Badischen Reichstagen Staatsvertrag wegen Vereinfachung der Doppelbesteuerung. Badische bezug Österreichische Staatsangehörige werden darnach nur in dem Staate zu den direkten Steuern herangezogen, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, in Ermangelung eines solchen in dem Staate, in dem sie sich aufhalten. Bei beiderseitigem Wohnsitz entscheidet die Staatsangehörigkeit. Ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit aber den Wohnsitz des Steuerpflichtigen wird der Grund- und Gebäudebesitz und der Betrieb eines Handelsgewerbes, sowie das aus diesen Quellen herrührende Einkommen nur in demjenigen Staate zu den direkten Steuern herangezogen werden, in welchem der Grund- und Gebäudebesitz liegt oder eine Betriebsstätte zur Ausübung des Gewerbes unterhalten wird. Bezüglich der Doppelbesteuerung und des Einkommens aus solchen erleiden die Steuerpflichtigen in den beiden Staaten keine Beschränkung. Die Bezüge aus Staatsfinanzen werden nur in dem Staate zur indirekten Steuer herangezogen, aus welchem die Zahlung erfolgt. Der Staatsvertrag tritt in Kraft mit dem 1. Januar 1909.

Mannheim, 11. Febr. Zwischen dem Tagelöhner-Obereiten Haderbichler kam es am Montag früh zu Streitigkeiten, weil die Frau den Mann zu spät aus Arbeit geholt hatte, nachdem er nachts bis 2 Uhr in einer Wirtschaft verweilt und die Frau mehrere Male ermahnt hatte, früher mit ihr nach Hause zu gehen. Der Mann ging insloggebeien gar nicht zur Arbeit, trank vielmehr zwei Tage in den Wirtschaften herum. Weibern vormittag machte er seiner Frau gegenüber Andeutungen, als ob er sich erlösen wollte. Als die Frau in den Keller kam, lag ihr Mann am Boden, er hatte sich tatsächlich aufgehängt, der Strick war aber gerissen. Der harnatische Selbstmordandacht sprang, nachdem er sich eingemessen erholt, nunmehr in seine Wohnung und nahm Selbstmord. In bedeutlichen Zustände brachte man den 28 Jahre alten Mann mit dem Sanitätswagen ins Allgemeine Krankenhaus. — Die auf den 2. März anberaumte Sitzung des Bürgerausschusses wird sich vornehmlich mit der Verbesserung südlicher Verkehrswege, mit Nachbesserungen zu befassen haben.

Handelt sich in der Hauptfrage um den Verkaufswert der verdingförmigen (56.000,55 Mk.), Gumboldstraße (221.000,02 Mk.) und Schillerstraße (67.042,02 Mk.). Die Gesamtsumme der Liebererwerbungen beträgt 832.981,70 Mk. Hierzu kommen noch die Kreditübertragungen für den Raumpausbau mit 575.000 Mk. Inbald wird für 808.000 Mk. also nahezu 1 Mill. Mk. Nachtragsschritte vom Bürgerausschuss angefordert werden.

Heidelberg, 11. Febr. Wie man hört, soll die Stadtvorordnetenwahl der 3. Klasse angefochten werden von den Gewählten der 7. National-liberale, 8. Zentrumsklasse und 6. Sozialdemokraten. Die sozialdemokratische Partei ist nun mit 11 Wämlern auf dem Wahlplatze vertreten.

Wetzlar, 11. Febr. Der Groß. Landeskommissar Geh. Rat Weder aus Mannheim benötigte gestern das durch Hochwäfler herbeigekochte Gebiet.

Hosentheim, 11. Febr. Der Gemeinderat hat den Vertrag mit der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft für elektrische Induktion in Mannheim zur Ausführung einer elektrischen Bahn nach Heilingen und Einführung von elektrischem Licht und Kraft genehmigt und bereit unterzeichnet.

Jöhlingen, 11. Febr. In der gestrigen Vegetationsprüfung kam eine Angelegenheit zur Verhandlung, die unsere Sparrasse betrifft. Dem Bürgermeister Joh. Fischer, dem Vorstand und Kontrolleur der Gemeindeparochie Jöhlingen, war zur Zeit gelegt, daß er Darlehenszusage ohne Kenntnis des Gemeinderats anfertigte und sich Provision zahlen ließ; ferner daß er den Abgabebesitzer der Oberrechnung nicht beachtet, keine Kontrollirten geführt, den monatlichen Kassenscheinen nicht beigewohnt und so die Aufsicht als Kontrolleur der Sparrasse vernachlässigt habe. Der Bezirksrat erteilte früher für diese Meute einen Verweis.

Freiburg, 11. Febr. In vergangener Nacht stürzte sich die 63 Jahre alte Witwe Karoline Stöber wegen Krankheit vom 3. Stof auf die Straße und starb. — Aus Breiden fiel in der Partierfahrt des benachbarten Kreis-Breisheims die 54jährige Arbeiterin Barbara Wolburg den Aufzugschacht vom dritten Stof herab und blieb tot liegen. — Die Leiche des verstorbenen Strohmannsgebilten Sahn, der bei Breisheims in die Ragob fiel, ist noch nicht gefunden worden. — Die Einlagen bei der hiesigen Sparrasse betragen im Monat Januar 775.555,02 Mk. und die Rückzahlungen 469.608,24 Mk.

Baden-Baden, 11. Febr. Tagelöhner Roder Giffert aus Seelbach wurde im Herbstener Wald tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß ein Verbrechen ausge-schlossen ist. Der Verlebte war im Besitz, ein Winkel Holz heimzutragen, als ihm ein Herzschlag ereilte, der den sofortigen Tod herbeiführte.

Lehr, 10. Febr. Dem Gefängnis entzungen. Der am letzten Donnerstag von dem Schöffengericht wegen Gaubfriedensbruch zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte Gelehrer Friedrich Kopf ist während der Verurteilungsgabe aus dem Gefängnis entzungen.

St. Georgen (am Rm.), 11. Febr. Im Monat Januar wurden auf der hiesigen Kataster-Pflanzungsstation 628 arme Wanderer verpflegt. Die höchste bis jetzt dagewesene Zahl. — Auf vielseitiges Verlangen der Gemeinderat eine Geleise für das Baden freigegeben. — Die elektrische Straßen-

Wien, Innsbruck, Maria Einfelden, Genf, Lyon, Toulouse, Lourdes, Jurid über Marjelle, Nizza, Genua, Mailand, Padua, Bontebba, Villach, Wien. Die Preise von Wien bis Lourdes und retour bis Wien sind: 1. Klasse 560 Kronen, 2. Klasse 400 Kronen, 3. Klasse 260 Kronen. In diesen Preisen ist mitbegriffen die Eisenbahnfahrt und die Verpflegung unterwegs von Wien bis Lourdes und von Lourdes bis Wien, sowie Sotelerpflegung in den Stationen Einfelden, Lyon, Lourdes, Genua, Padua.

Programme und Anmeldungen sind zu haben: bei Er. Hochwürden S. P. Gottfried v. Saffel, Vik. v. hl. Herzen in Salzburg, Postfach 23, Ant. Grabl, lechn. Leiter, Wien I, Operngasse 10, Karl Stadtschulz, Kaffier im Stadtbureau der Herr. Staatsbahnen, Wallfischgasse 15, Bankhaus Schellhammer & Schattner, Wien, Stephansplatz.

Theater und Kunst.

Groß. Hoftheater. Wegen Erkrankung des Herrn Kammerjägers W. P. Müller mußte gestern an Stelle des „Eid“ von Peter Cornelius Korkings unverwundlicher „Bar und Zimmermann“ treten. Herr van Gorkom gab den Jaren und erntete hauptsächlich für das warm und innig gefungene Jarenstück auf offener Szene Beifall. Die „Marie“ des Fräulein Saccar, der „Peter“ des Herrn Vuffard waren Mangelleistungen. Auch der „Bürgermeister“ des Herrn M. O. O. und die übrigen boten Wirkames. Den „Catechismus“ sang Herr L. u. h. mann vom Hof- und Nationaltheater in Mannheim, der Sängler hat eine schöne, sympathische Stimme von leichter, langvoller Höhe und sang mit warm befeitem Ausdruck, er fand lebhaftere Anerkennung. Die Oper verließ, zwei ungeschickliche Zwischenfälle, abgerechnet, gut, wie unser Gewährsmann berichtet.

Kleines Feuilleton.
— Die Zweibrücker Schweinefahrt. Ein Rechtspraktikant trieb kürzlich infolge einer Wette in Frankfurt

Polster ein Porzellanier durch die Straßen der alten Herzogstadt. Nun hat diese Fahrt für ihren Helden eine unangenehme Folge gehabt: Seine vorgelegte Behörde erteilte ihm deswegen einen Disziplinarverweis. Dieses Vorgehen der Behörde findet aber gar nicht die Billigung der ehrsamen Zweibrücker Bürgermeier, die sich dagegen verwahren, daß es als eine unbedenkliche Handlung angesehen werde, ein Schwein durch die Stadt zu treiben!

— Der berühmte Degen George Washingtons, den der erste Feldherr der jungen Republik bei seiner Demission von Kommando der Kontinentalarmee im Jahre 1783 niederlegte, ist jetzt von Vermont Morgan angekauft worden; es ist ein prachtvoll gearbeiteter Degen mit kunstvoll geschmiedetem Eisenknauf, an dessen Rord sich noch die alte Quaste befindet. Vor ein, ein Jahren hatte der Senat der Vereinigten Staaten ein Gesetz votiert, das 500.000 Mark für den Ankauf dieer historischen Reliquie auslegte, aber das Projekt scheiterte an dem Widerstande der Kammer. Voraussichtlich wird Morgan den Degen der Mount Vernon Association überweisen, die ihm dann in dem alten Hause Washingtons an den Ifern des Potomac einen Ehrenplatz einräumen würde.

Briefkasten.
Herr und Frau W. — hr. Sie irren sich, wenn Sie glauben, die Entscheidung jener konservativen Wähler sei zu Gunsten der Künstler ausgefallen. Die allerhöchste Entsch. lautet, wie zu erwarten war, daß das Personal sich den Anordnungen seiner Vorgesetzten zu unterwerfen habe. — Was die beiden Tenöre betrifft, sind wir vollständig Ihrer Ansicht, der eine zuerst wie es scheint, folgerichtig disamiert und vom Publikum verurteilt, ist allzuempfindlich geworden und nimmt keine Rücksichten mehr, außer auf sich, der andere, der noch ungeduldet zu lernen hat, soll auch sehr anpruchsvoll sein, wird sich aber, wenn er nach München kommt, wohl modifizieren müssen, denn die Münchener sind an gute Sängler gewöhnt und lassen sich nicht durch sie terrorisieren. Wir sind leider durch Unwohlsein verhindert, näheres hierüber zu bringen, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben!
von Steden.

